Europäisches Parlament
2024-2029

Haushaltskontrollausschuss

2024/2021(DEC)

11.2.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 74

Entwurf eines Berichts
Joachim Stanisław Brudziński
(PE764.997v02-00)

Entlastung 2023: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat
(2024/2021(DEC))

Änderungsantrag 1
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Erwägung I a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ia. in der Erwägung, dass die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU gemäß Artikel 15 Absatz 3 AEUV in ihrer Geschäftsordnung dafür sorgen müssen, dass ihre Verfahren transparent sind, und dass die Bürgerbeauftragte in mehreren ihrer Untersuchungen und Beschlüsse den Rat wegen mangelnder Transparenz kritisiert hat, was darauf hindeutet, dass der Rat den kritischen Zusammenhang zwischen Demokratie und Transparenz bei der Beschlussfassung nicht vollständig erkannt hat;

Or. en

Änderungsantrag 2
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. ***stellt fest***, dass der Rechnungshof in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 2023 im Bereich Verwaltung eine Stichprobe von 70 Vorgängen untersuchte, d. h. 10 mehr als 2022; stellt ferner fest, dass der Rechnungshof ermittelt hat, dass die Verwaltungsausgaben Ausgaben für Personal, einschließlich Ausgaben für Ruhegehälter, umfassen, die 2023 rund 70 % der gesamten Verwaltungsausgaben ausmachten, sowie Ausgaben für Gebäude, Ausstattung, Energie, Kommunikation und Informationstechnologie, und dass die Arbeit des Rechnungshofs seit vielen	2. ***begrüßt***, dass der Rechnungshof in seinem Jahresbericht für das Haushaltsjahr 2023 im Bereich Verwaltung eine Stichprobe von 70 Vorgängen untersuchte, d. h. 10 mehr als 2022; stellt ferner fest, dass der Rechnungshof ermittelt hat, dass die Verwaltungsausgaben Ausgaben für Personal, einschließlich Ausgaben für Ruhegehälter, umfassen, die 2023 rund 70 % der gesamten Verwaltungsausgaben ausmachten, sowie Ausgaben für Gebäude, Ausstattung, Energie, Kommunikation und Informationstechnologie, und dass die Arbeit des Rechnungshofs seit vielen

Jahren darauf hindeutet, dass diese Ausgaben insgesamt mit einem geringen Risiko verbunden sind;	Jahren darauf hindeutet, dass diese Ausgaben insgesamt mit einem geringen Risiko verbunden sind;

Or. en

Änderungsantrag 3
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. ***stellt fest, dass*** das Vorrecht des Parlaments, gemäß Artikel 319 AEUV sowie den anwendbaren Bestimmungen der Haushaltsordnung und der Geschäftsordnung des Parlaments im Einklang mit der geltenden Auslegung und Verfahrensweise Entlastung zu erteilen, insbesondere die Befugnis, Entlastung zu erteilen, damit die Transparenz gewahrt und die demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber den Steuerzahlern der Union sichergestellt wird;	8. ***weist erneut auf*** das Vorrecht des Parlaments ***hin***, gemäß Artikel 319 AEUV sowie den anwendbaren Bestimmungen der Haushaltsordnung und der Geschäftsordnung des Parlaments im Einklang mit der geltenden Auslegung und Verfahrensweise Entlastung zu erteilen, insbesondere ***auf*** die Befugnis, Entlastung zu erteilen, damit die Transparenz gewahrt und die demokratische Rechenschaftspflicht gegenüber den Steuerzahlern der Union sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 4
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. betont, dass das Parlament seit mehr als zwanzig Jahren die bewährte und anerkannte Praxis verfolgt, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der ***Union*** Entlastung zu erteilen; weist erneut darauf hin, dass die Kommission erklärt hat, dass sie nicht in der Lage ist, die Ausführung des Haushaltsplans der	10. betont, dass das Parlament seit mehr als zwanzig Jahren die bewährte und anerkannte Praxis verfolgt, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der ***EU*** Entlastung***, darunter dem Europäischen Rat und dem Rat,*** zu erteilen; weist erneut darauf hin, dass die Kommission erklärt hat, dass sie nicht in

anderen Organe der Union zu überwachen; hebt die von der Kommission erneut geäußerte Auffassung hervor, dass die Praxis, jedem Organ der Union Entlastung für seine Verwaltungsausgaben zu erteilen, vom Parlament weiter fortgesetzt werden sollte;

der Lage ist, die Ausführung des Haushaltsplans der anderen Organe der Union zu überwachen; hebt die von der Kommission erneut geäußerte Auffassung hervor, dass die Praxis, jedem Organ der Union Entlastung für seine Verwaltungsausgaben ***und die Ausführung des EU-Haushaltplans*** zu erteilen, vom Parlament weiter fortgesetzt werden sollte***, um die Einhaltung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Haushaltsführung zu wahren***;

Or. en

Änderungsantrag 5
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass die derzeitige Situation bedeutet, dass das Parlament nur die Berichte des Rechnungshofs und der Bürgerbeauftragten sowie die öffentlich zugänglichen Informationen auf der Website des Rates prüfen kann, ***was es*** dem Parlament ***unmöglich macht***, eine fundierte Entscheidung über die Erteilung der Entlastung zu treffen;	11. betont, dass die derzeitige Situation bedeutet, dass das Parlament nur die Berichte des Rechnungshofs und der Bürgerbeauftragten sowie die öffentlich zugänglichen Informationen auf der Website des Rates prüfen kann, ***da der Rat nach wie vor nicht mit*** dem Parlament ***zusammenarbeitet; betont***, ***dass diese mangelnde Zusammenarbeit die Fähigkeit des Parlaments beeinträchtigt, seine Aufsichtsfunktion wirksam wahrzunehmen und*** eine fundierte Entscheidung über die Erteilung der Entlastung zu treffen;

Or. en

Änderungsantrag 6
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. bedauert, dass der Rat seit mehr als einem Jahrzehnt zeigt, dass keine politische Bereitschaft besteht, im Zusammenhang mit dem jährlichen Entlastungsverfahren mit dem Parlament zusammenzuarbeiten; betont, dass sich diese Haltung dauerhaft negativ auf beide Organe auswirkt und die Verwaltung und demokratische Kontrolle des Haushalts der Union in Misskredit bringt sowie das Vertrauen der Bürger in die Union als transparente Einrichtung ***untergräbt***;	12. bedauert, dass der Rat seit mehr als einem Jahrzehnt zeigt, dass keine politische Bereitschaft besteht, im Zusammenhang mit dem jährlichen Entlastungsverfahren mit dem Parlament zusammenzuarbeiten; betont, dass sich diese Haltung dauerhaft negativ auf beide Organe auswirkt und die Verwaltung und demokratische Kontrolle des Haushalts der Union in Misskredit bringt sowie das Vertrauen der Bürger in die Union als transparente Einrichtung ***beeinträchtigt; betont, dass sich der Rat an dieselben Normen im Hinblick auf die Rechenschaft halten muss, die er von anderen EU-Organen erwartet***;

Or. en

Änderungsantrag 7
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. bedauert, dass der Rat seit mehr als einem Jahrzehnt zeigt, dass keine politische Bereitschaft besteht, im Zusammenhang mit dem jährlichen Entlastungsverfahren mit dem Parlament zusammenzuarbeiten; betont, dass sich diese Haltung dauerhaft negativ auf beide Organe auswirkt und die Verwaltung und demokratische Kontrolle des Haushalts der ***Union*** in Misskredit bringt sowie das Vertrauen der Bürger in die ***Union*** als transparente Einrichtung ***untergräbt***;	12. bedauert, dass der Rat seit mehr als einem Jahrzehnt zeigt, dass keine politische Bereitschaft besteht, im Zusammenhang mit dem jährlichen Entlastungsverfahren mit dem Parlament zusammenzuarbeiten; betont, dass sich diese Haltung dauerhaft negativ auf beide Organe auswirkt und die Verwaltung und demokratische Kontrolle des Haushalts der ***EU*** in Misskredit bringt sowie das Vertrauen der Bürger in die ***EU*** als transparente Einrichtung ***beeinträchtigt***;

Or. en

Änderungsantrag 8
Damian Boeselager

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass die anhaltende Weigerung und das fortgesetzte Versäumnis des Rates, auf vom Parlament eingeleitete Gesetzgebungsverfahren zu reagieren und sich daran zu beteiligen, einen Verstoß gegen seine Verpflichtungen aus Artikel 265 AEUV darstellen; bedauert insbesondere die Blockade und Verzögerungen bei den Verhandlungen mit dem Rat über das Untersuchungsrecht und das Wahlrecht der Europäischen Union sowie die Untätigkeit des Europäischen Rates in Bezug auf das Verfahren nach Artikel 48 EUV zu Vertragsänderungen; bedauert, dass der Rat nicht ausreichend mit dem Parlament zusammengearbeitet hat, um förmliche Gespräche zu führen; fordert den Rat auf, den in Artikel 13 Absatz 2 EUV verankerten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit zu befolgen und mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, damit die derzeitige institutionelle Blockade überwunden werden kann; betont in Bezug auf das Untersuchungsrecht, dass der Fall an den AFCO- und den JURI-Ausschuss verwiesen werden muss, um rechtliche Schritte gegen den Rat einzuleiten, da dies ein eindeutiger Fall der Untätigkeit im Sinne von Artikel 265 AEUV ist;

Or. en

Änderungsantrag 9
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. bekräftigt, dass die fortgesetzte Weigerung des Rates, sich auf das Entlastungsverfahren einzulassen, eine nicht hinnehmbare Verletzung der demokratischen Rechenschaftspflicht darstellt; fordert rechtliche und verfahrenstechnische Änderungen, damit jedem Organ der Union, das seinen Transparenzpflichten nicht nachkommt, Haushaltsmittel vorenthalten werden können;

Or. en

Änderungsantrag 10
Virginie Joron, Tamás Deutsch, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. weist darauf hin, dass das Recht der Steuerzahler und der Öffentlichkeit, über die Verwendung öffentlicher Einnahmen auf dem Laufenden gehalten zu werden, durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union gestützt wird; fordert daher, dass das Vorrecht des Parlaments und seine Rolle als Garant des Grundsatzes der demokratischen Rechenschaftspflicht uneingeschränkt geachtet werden; fordert den Rat auf, die vom Parlament angenommenen Empfehlungen im Zusammenhang mit dem Entlastungsverfahren gebührend zu befolgen;	13. weist darauf hin, dass das Recht der Steuerzahler und der Öffentlichkeit, über die Verwendung öffentlicher Einnahmen auf dem Laufenden gehalten zu werden, durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union***, die sie nicht immer auf sich selbst anwendet,*** gestützt wird; fordert daher, dass das Vorrecht des Parlaments und seine Rolle als Garant des Grundsatzes der demokratischen Rechenschaftspflicht uneingeschränkt geachtet werden; fordert den Rat auf, die vom Parlament angenommenen Empfehlungen im Zusammenhang mit dem Entlastungsverfahren gebührend zu befolgen;

Or. fr

Änderungsantrag 11
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren ist und Transparenz und eine angemessene demokratische Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans sichergestellt werden müssen;	14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren ist und Transparenz und eine angemessene demokratische Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans sichergestellt werden müssen; ***fordert den Rat nachdrücklich auf, aktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die derzeitige Situation zu finden;***

Or. en

Änderungsantrag 12
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren ist und Transparenz und eine angemessene demokratische Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans sichergestellt werden müssen;	14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen ***unverzüglich*** wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren ist und Transparenz***, Verlässlichkeit*** und eine angemessene demokratische Kontrolle der Ausführung des Haushaltsplans sichergestellt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 13
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren ***ist*** und Transparenz und eine angemessene demokratische Kontrolle ***der Ausführung des Haushaltsplans*** sichergestellt werden müssen;	14. fordert den Rat auf, die Verhandlungen mit dem Parlament auf höchster Ebene unter Einbeziehung der Generalsekretäre und der Präsidenten beider Institutionen ***so bald wie möglich*** wieder aufzunehmen, um den Stillstand zu überwinden und eine Lösung zu finden, wobei die jeweilige Rolle des Parlaments und des Rates im Entlastungsverfahren zu respektieren und Transparenz und eine angemessene demokratische Kontrolle ***des Haushaltsvollzugs*** sichergestellt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 14
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert den Rat auf, die Verhandlungen auf höchster Ebene wieder aufzunehmen, um den langjährigen Stillstand bei der Entlastung zu überwinden; fordert die Kommission und den Juristischen Dienst des Rates auf, ein Rechtsgutachten zu möglichen auf Verträgen beruhenden Lösungen zur Durchsetzung der Rechenschaftspflicht des Rates im Rahmen des Entlastungsverfahrens vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 15
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die ***derzeitige Situation zwar durch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden muss, durch eine Überarbeitung der Verträge jedoch das Entlastungsverfahren klarer und transparenter gestaltet werden könnte, indem dem Parlament die ausdrückliche Befugnis eingeräumt wird, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzeln Entlastung zu erteilen***;	15. betont, dass die ***vom Parlament geforderte verstärkte Transparenz und Kontrolle nicht auf Kosten der unabhängigen Beschlussfassung der nationalen Regierungen gehen darf; stellt fest, dass die Haushaltsaufsicht weder zu einem politischen Instrument gegen bestimmte Mitgliedstaaten werden noch dazu genutzt werden darf, Sanktionen oder Beschränkungen aufgrund ideologischer oder politischer Erwägungen gegen sie zu verhängen***;

Or. en

Änderungsantrag 16
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die derzeitige Situation zwar durch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden muss, durch eine Überarbeitung der Verträge jedoch das Entlastungsverfahren klarer und transparenter gestaltet werden könnte, indem dem Parlament die ausdrückliche Befugnis eingeräumt wird, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzeln Entlastung zu erteilen;	15. betont, dass die derzeitige Situation zwar durch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden muss, durch eine Überarbeitung der Verträge jedoch das Entlastungsverfahren klarer und transparenter gestaltet werden könnte, indem dem Parlament die ausdrückliche Befugnis eingeräumt wird, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzeln Entlastung zu erteilen; ***hebt jedoch hervor,***

	dass bis zu einer solchen Überprüfung die derzeitige Lage durch eine verstärkte interinstitutionelle Zusammenarbeit verbessert werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 17
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. betont, dass die derzeitige Situation zwar durch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden muss, durch eine Überarbeitung der Verträge jedoch das Entlastungsverfahren klarer und transparenter gestaltet werden könnte, indem dem Parlament die ausdrückliche Befugnis eingeräumt wird, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzeln Entlastung zu erteilen;	15. betont, dass die derzeitige Situation zwar durch eine bessere interinstitutionelle Zusammenarbeit im Rahmen der bestehenden Verträge verbessert werden muss, durch eine Überarbeitung der Verträge jedoch das Entlastungsverfahren klarer und transparenter gestaltet werden könnte, indem dem Parlament die ausdrückliche Befugnis eingeräumt wird, allen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU einzeln Entlastung zu erteilen; ***fordert den Rat nachdrücklich auf, aktiv mit dem Parlament zusammenzuarbeiten, um eine Lösung für die derzeitige Situation zu finden;***

Or. en

Änderungsantrag 18
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach das Ziel der EU und ihrer Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen darin besteht, den

Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 19
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. fordert das Organ auf, sich unter Einsatz all seiner verfügbaren Maßnahmen und Mittel uneingeschränkt für den Frieden einzusetzen und seine Bemühungen vollständig darauf zu richten, damit der Krieg in der Ukraine so bald wie möglich beendet, der Frieden erhalten und die Sicherheit in Europa gestärkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 20
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 17 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17c. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die Union, ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Gleichheit der Mitgliedstaaten vor den Verträgen und ihre jeweilige nationale Identität zu achten haben, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt;

Or. en

Änderungsantrag 21
Tamás Deutsch, Julien Sanchez, Virginie Joron, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 17 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17d. fordert die Einrichtung auf, stets die Gleichheit der Mitgliedstaaten und ihre jeweilige Souveränität sowie nationale Identität, die in ihren grundlegenden politischen und verfassungsmäßigen Strukturen einschließlich der regionalen und lokalen Selbstverwaltung zum Ausdruck kommt, zu achten und alle Mitgliedstaaten gleichzubehandeln;

Or. en

Änderungsantrag 22
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***stellt fest***, dass der Rat sein Vorrecht bei den Nominierungs- und Ernennungsverfahren für zahlreiche Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der ***Union*** ausübt;	18. ***bedauert***, dass der Rat sein Vorrecht bei den Nominierungs- und Ernennungsverfahren für zahlreiche Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der ***EU*** ausübt***, ohne die Ansichten der Beteiligten oder die Empfehlungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) zu berücksichtigen***;

Or. en

Änderungsantrag 23

Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***nimmt die Tradition des Rates zur Kenntnis***, die Ernennungen ***der einzelnen*** Mitgliedstaaten für die meisten Positionen nicht in Frage zu stellen;	19. ***weist erneut darauf hin, dass das bisherige Vorgehen des Rates***, die Ernennungen ***einzelner*** Mitgliedstaaten für die meisten Positionen nicht in Frage zu stellen***, bedeutet, dass die fachlichen Qualifikationen der Kandidaten nicht gründlich geprüft werden; besteht daher darauf, dass das Vorrecht des Rates hinsichtlich der Frage überprüft wird, wie die Beteiligung der betroffenen Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen sichergestellt und gestärkt und wie die Legitimität der Ernennungen erhöht werden kann; schlägt vor, dass eine unabhängige Sachverständigengruppen für die Durchführung dieser entsprechender Kontrollen eingerichtet wird, wobei es sich um eine Möglichkeit handelt, sicherzustellen, dass die Kandidaten über die erforderlichen Qualifikationen verfügen***;

Or. en

Änderungsantrag 24
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs nach Anhörung des Parlaments ernennt;	20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs ***entsprechend den Vorschlägen der einzelnen Mitgliedstaaten und*** nach Anhörung des Parlaments ernennt; ***weist darauf hin, dass das Europäische Parlament auf der Grundlage dieser Vorgabe eine Stellungnahme zu den***

	Kandidaten abgibt; weist darauf hin, dass die Stellungnahme des Parlaments zwar für den Rat nicht bindend ist, die Kandidaten, die eine ablehnende Stellungnahme erhalten, ihre Bewerbungen jedoch zurückziehen und somit die Entscheidung des Parlaments akzeptieren; stellt fest, dass damit die Rolle des Europäischen Parlaments als demokratische Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit der Sicherung des EU-Haushalts anerkannt wird; fordert den Rat auf, die Rolle des Parlaments anzuerkennen und im Entlastungsverfahren mit ihm zusammenzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 25
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs nach Anhörung des Parlaments ernennt;	20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs nach Anhörung des Parlaments ernennt; ***bedauert, dass der Rat es wiederholt versäumt hat, die Empfehlungen des Parlaments im Rahmen seiner beratenden Funktion bei der Ernennung der Mitglieder des Rechnungshofs zu berücksichtigen;***

Or. en

Änderungsantrag 26
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs nach Anhörung des Parlaments ernennt;	20. weist darauf hin, dass der Rat gemäß Artikel 286 Absatz 2 AEUV die Mitglieder des Rechnungshofs nach Anhörung des Parlaments ernennt; ***bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass der Rat bei seiner beratenden Funktion in Bezug auf die Ernennung von Mitgliedern des Rechnungshofs wiederholt die Empfehlungen des Parlaments missachtet hat;***

Or. en

Änderungsantrag 27
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. bedauert, dass zwölf Mitgliedstaaten bisher keine Frau für den Rechnungshof nominiert haben; fordert den Rechnungshof auf, seine Gesamtzusammensetzung zu bewerten und diese Analyse dem Rat und den Mitgliedstaaten vorzulegen, damit bei künftigen Ernennungsverfahren angemessen auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis geachtet wird; fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, Kandidaten unterschiedlichen Geschlechts vorzuschlagen, damit eine ausgewogenere und repräsentativere Zusammensetzung des Rechnungshofs erreicht werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 28
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag

Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. ist der Ansicht, dass das gravierende Missverhältnis zwischen den Geschlechtern im Rechnungshof mit dem derzeitigen Ernennungsverfahren zusammenhängt, und wiederholt seine Aufforderung an den Rat, das Ernennungsverfahren zu überdenken und zu diesem Zweck konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, für jede freie Stelle mindestens zwei Kandidaten unterschiedlichen Geschlechts zu benennen;

Or. en

Änderungsantrag 29
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. bedauert, dass der Rat bislang die Entschließung des Parlaments vom 17. Dezember 2020 zur Notwendigkeit einer gesonderten Ratsformation „Gleichstellung der Geschlechter“[1a] ignoriert hat, und beharrt darauf, dass ein spezielles institutionelles Forum eine stärkere Integration der Gleichstellung der Geschlechter in die politischen Maßnahmen und Strategien der EU sowie eine wesentliche Koordinierung und Fortschritte bei den wichtigsten Dossiers im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen würde;
	[1a] ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 150.

Or. en

Änderungsantrag 30
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. bedauert, dass der Rat nicht auf die Entschließung des Parlaments vom 17. Dezember 2020[1a] reagiert hat, in der die Schaffung einer speziellen Ratsformation zur Gleichstellung der Geschlechter gefordert wird; betont, dass ein solches institutionelles Forum eine entscheidende Rolle spielen würde, wenn es darum geht, die Gleichstellung der Geschlechter in die Politik und die Strategien der Union stärker einzubinden und die unerlässliche Koordinierung und Fortschritte bei wichtigen Dossiers im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter zu erleichtern;

[1a] ABl. C 445 vom 29.10.2021, S. 150.

Or. en

Änderungsantrag 31
Csaba Molnár

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. weist erneut darauf hin, dass die Anwendung des Verfahrens der Einstimmigkeit im Rat in bestimmten Politikbereichen das Beschlussfassungsverfahren der Union lähmt und daher anfällig für Erpressungen durch Mitgliedstaaten ist, insbesondere durch diejenigen, die die Rechtsstaatlichkeit nicht achten; fordert

den Rat auf, die Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit anzuwenden, wann immer dies möglich ist, und die Überprüfung der Verträge zur Regelung der Abstimmungsverfahren in Erwägung zu ziehen; ist der Ansicht, dass der allgemeine Übergang zu einem Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit im Rat ein entscheidender Schritt hin zu einer effizienteren Politikgestaltung ist;

Or. en

Änderungsantrag 32
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. ist besorgt über die Anwendung des Einstimmigkeitserfordernisses im Rat und im Europäischen Rat, da es die notwendige Beschlussfassung in den kritischen Bereichen Außenpolitik, Erweiterungsverfahren, Haushaltsfragen und Transparenz behindert; stellt fest, dass das Erfordernis der Einstimmigkeit ein erhebliches Hindernis für eine effektive Reaktion auf das Vorgehen Russlands bildet, insbesondere bei der Verhängung von Sanktionen, die alle drei Monate erneuert werden müssen; ist besorgt darüber, dass die Bemühungen um die Unterstützung der Ukraine aufgrund der notwendigen Einstimmigkeit geschwächt wurden; fordert den Rat auf, in kritischen Bereichen zur Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit überzugehen, damit die Union angesichts der globalen Herausforderungen wirksam handeln kann;

Or. en

Änderungsantrag 33
Eero Heinäluoma

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. bedauert, dass der Rat den wiederholten Forderungen des Parlaments nach der Einrichtung eines Rates der Verteidigungsminister nicht Folge geleistet hat[1a]; ist der Ansicht, dass die Aktualisierung des institutionellen Rahmens des Rates mit einer solchen Konfiguration die zunehmende Bedeutung der Verteidigungsagenda und die notwendige Stärkung der Rolle der EU als sicherheits- und verteidigungspolitischer Akteur reflektieren und dies die Einrichtung eines Sicherheits- und Verteidigungsausschusses im Parlament und die Ernennung eines Kommissionsmitglieds für Verteidigung und Raumfahrt ergänzen würde;
	[1a] ABl. C 214 vom 16.6.2023; ABl. C 342 VOM 6.9.2022.

Or. en

Änderungsantrag 34
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. äußert seine tiefe Besorgnis über die zunehmende Beteiligung des Europäischen Rates an Gesetzgebungsdossiers, obwohl er weder eine legislative noch eine exekutive

Funktion hat und nicht die gleichen Transparenzstandards wie der Rat anwendet, was bedeutet, dass er nicht zur Rechenschaft gezogen wird;

Or. en

Änderungsantrag 35
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. weist erneut darauf hin, dass die Anwendung des Verfahrens der Einstimmigkeit im Rat in bestimmten Politikbereichen das Beschlussfassungsverfahren der Union lähmt und daher anfällig für Erpressungen durch Mitgliedstaaten ist, insbesondere durch diejenigen, die die Rechtsstaatlichkeit nicht achten;

Or. en

Änderungsantrag 36
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitze im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Workshops des Haushaltskontrollausschusses des Parlaments vom 27. Juni 2023 auf, das Sponsoring durch Unternehmen als Beitrag zur Deckung ihrer Ausgaben einzustellen, da dies die Gefahr von Interessenkonflikten birgt; stellt fest, dass die Europäische Bürgerbeauftragte in ihrer Entscheidung vom 9. September 2024 über die	22. fordert die turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitze im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Workshops des Haushaltskontrollausschusses des Parlaments vom 27. Juni 2023 auf, das Sponsoring durch Unternehmen als Beitrag zur Deckung ihrer Ausgaben einzustellen, da dies die Gefahr von Interessenkonflikten birgt; stellt fest, dass die Europäische Bürgerbeauftragte in ihrer Entscheidung vom 9. September 2024 über die

strategische Initiative zum Sponsoring des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union den Rat aufgefordert hat, eine Bestandsaufnahme darüber vorzunehmen, wie die vom Rat angenommenen unverbindlichen Regeln für die Nutzung von Sponsoring durch seinen Vorsitz (die Leitlinien) umgesetzt wurden, und weitere mögliche Maßnahmen zu prüfen, die dazu beitragen könnten, die mit der Nutzung von Sponsoring verbundenen Risiken zu mindern; bekräftigt seine Forderung an den Rat, einen Haushaltsplan für den Ratsvorsitz bereitzustellen, um für angemessene und einheitliche Standards für Effizienz und Wirksamkeit der Arbeit im Rat im Allgemeinen zu sorgen;	strategische Initiative zum Sponsoring des Vorsitzes des Rates der Europäischen Union den Rat aufgefordert hat, eine Bestandsaufnahme darüber vorzunehmen, wie die vom Rat angenommenen unverbindlichen Regeln für die Nutzung von Sponsoring durch seinen Vorsitz (die Leitlinien) umgesetzt wurden, und weitere mögliche Maßnahmen zu prüfen, die dazu beitragen könnten, die mit der Nutzung von Sponsoring verbundenen Risiken zu mindern; bekräftigt seine Forderung an den Rat, einen Haushaltsplan für den Ratsvorsitz bereitzustellen, um für angemessene und einheitliche Standards für Effizienz und Wirksamkeit der Arbeit im Rat im Allgemeinen zu sorgen; ***zeigt sich in diesem Zusammenhang enttäuscht über die unverbindlichen Leitlinien, die der Rat zum Unternehmenssponsoring herausgegeben hat;***

Or. en

Änderungsantrag 37
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. ist zutiefst besorgt darüber, dass die Regierung Ungarns ihren EU-Ratsvorsitz missbräuchlich genutzt hat, um bilaterale Gespräche zu führen, die im Widerspruch zu den Grundwerten der Union stehen, wie etwa die Treffen von Ministerpräsident Viktor Orbán mit dem Präsidenten Russlands Wladimir Putin trotz der Sanktionen der Union und des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Letzteren aufgrund von Kriegsverbrechen; stellt mit Besorgnis fest, dass vergleichbare Kontakte mit anderen autoritären Führern die Glaubwürdigkeit der EU beschädigen; fordert den Rat auf, ein

	solches Vorgehen entschieden zu verurteilen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Mitgliedstaaten, die den Ratsvorsitz innehaben, im Einklang mit den Grundsätzen der EU handeln und die Integrität und die Werte der Union wahren;

Or. en

Änderungsantrag 38
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. bedauert, dass der Haushaltsplan des Europäischen Rates und des Rates nicht in zwei klar voneinander getrennte Haushaltspläne aufgeteilt wurde, wie es vom Parlament in seinen vorherigen Entlastungsbeschlüssen empfohlen wurde, damit die Transparenz und die Rechenschaftspflicht verbessert werden, nicht zuletzt mit Blick auf den Europäischen Rat, da es derzeit unmöglich ist, verlässliche Angaben zu seinen Kosten zu erhalten;	23. bedauert, dass der Haushaltsplan des Europäischen Rates und des Rates nicht in zwei klar voneinander getrennte Haushaltspläne aufgeteilt wurde, wie es vom Parlament in seinen vorherigen Entlastungsbeschlüssen empfohlen wurde, damit die Transparenz und die Rechenschaftspflicht verbessert werden, nicht zuletzt mit Blick auf den Europäischen Rat, da es derzeit unmöglich ist, verlässliche Angaben zu seinen Kosten zu erhalten; ***betont, dass zuverlässige Daten für eine objektive Kontrolle unerlässlich sind; fordert, dass die Empfehlung der Entlastungsbehörde gefolgt wird;***

Or. en

Änderungsantrag 39
Tamás Deutsch, Ondřej Knotek

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

25. stellt fest, dass ***die Gesamtdurchführungsrate des Haushaltsplans*** des Rates im Jahr ***2023 97,0 % betrug***; stellt fest, dass Ende 2023 fast 20 Mio. EUR an Mitteln annulliert wurden, von denen die Hälfte aus der Haushaltslinie für Personalausgaben stammte;	25. stellt fest, dass ***sich die Gesamthaushaltsvollzugquote*** des Rates im Jahr ***2023 auf 97,0 % belief***; stellt fest, dass Ende 2023 fast 20 Mio. EUR an Mitteln annulliert wurden, von denen die Hälfte aus der Haushaltslinie für Personalausgaben stammte; ***stellt fest, dass die Ausführungsquote des Rates im Jahr 2023 bei 97,0 % lag, während die Betriebskosten der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU weiter steigen; weist darauf hin, dass sich die steigenden Ausgaben der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU in keiner Weise an der wirtschaftlichen Lage der Unionsbürgerinnen und -bürger und der Tragfähigkeit der nationalen Haushalte orientieren; fordert die Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen der EU daher nachdrücklich auf, die bürokratischen Ausgaben zu verringern und dafür zu sorgen, dass öffentliche Mittel in erster Linie den Interessen der Unionsbürgerinnen und -bürger dienen;***
	Or. en

Änderungsantrag 40
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. fordert den Rat auf, jährlich eine Aufschlüsselung der Reise- und Repräsentationskosten hochrangiger Beamter, einschließlich des Präsidenten des Europäischen Rates, der Hohen Vertreterin und des Generalsekretariats, zu erstellen und der Öffentlichkeit in einem benutzerfreundlichen barrierefreien Format zugänglich zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 41
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. äußert sich besorgt darüber, dass die Kontrollverfahren für die Inanspruchnahme von Beratungsdiensten und externen Auftragnehmern im Rat unzureichend sind; fordert die vollständige Offenlegung aller Verträge mit einem Wert von über 50 000 EUR, wobei der Umfang, die zu erbringenden Leistungen und die Empfänger genau anzugeben sind, um eine mögliche missbräuchliche Nutzung öffentlicher Mittel zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 42
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. stellt fest, dass die Dienstreisekosten, die sowohl die Dienstreisekosten des Sekretariats als auch die Dienstreisekosten des Personals im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat umfassen, zwischen 2022 und 2023 um 25 % gestiegen sind und dass die Reisekosten von Delegationen des Vorsitzes und nationalen Delegationen im selben Zeitraum um 36,6 % gestiegen sind;	29. stellt fest, dass die Dienstreisekosten, die sowohl die Dienstreisekosten des Sekretariats als auch die Dienstreisekosten des Personals im Zusammenhang mit dem Europäischen Rat umfassen, zwischen 2022 und 2023 um 25 % gestiegen sind und dass die Reisekosten von Delegationen des Vorsitzes und nationalen Delegationen im selben Zeitraum um 36,6 % gestiegen sind; ***fordert den Rat auf, diesen erheblichen Anstieg der Ausgaben für Dienstreisen zu***

bewerten; fordert den Rat in Ermangelung eines Zugangs zu detaillierten Informationen auf, diese Ressourcen im Sinne einer wirtschaftlichen Haushaltsführung zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 43
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. fordert das Organ auf, aus seinen internen Regelungen und Verfahren Lehren und Schlussfolgerungen zu ziehen und dabei die jeweils im September 2023 überarbeitete Fassung der Geschäftsordnung und des Verhaltenskodex zu berücksichtigen; empfiehlt dem Ausschuss jedoch, weitere und strengere Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und zum umfassenden Schutz der finanziellen Interessen der EU zu ergreifen;

Or. en

Änderungsantrag 44
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 30 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	30a. fordert das Organ auf, zu untersuchen, wie der Regelungsrahmen des Parlaments zur Vermeidung von Korruption und Betrug versagen konnte, da er es Mitgliedern des Parlaments ermöglicht hat, sich über Jahre hinweg

unentdeckt aktiv an einem mafiaähnlichen Netz, das Korruption und Geldwäsche betreibt, zu beteiligen;

Or. en

Änderungsantrag 45
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 35 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	35a. weist auf den Vertrag über die Europäische Union hin, wonach die EU und ihre Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen die Solidarität zwischen den Generationen und die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern sollen;

Or. en

Änderungsantrag 46
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 36

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
36. stellt fest, dass von den ***3 116*** Bediensteten Ende 2023 79 % ständige Bedienstete, 12,8 % Zeitbedienstete, 7,2 % Vertragsbedienstete und 1 % abgeordnete nationale Sachverständige waren; stellt fest, dass die Aufteilung der ständigen Bediensteten und der Zeitbediensteten auf die einzelnen Laufbahngruppen mit ***1 474,25*** Verwaltungsräten/Verwaltungsrätinnen (AD), ***1 159*** Assistenten/Assistentinnen (AST) und 230 Sekretariatskräften (AST-SC) im Jahr 2023 gegenüber ***1 519, 1 284*** und 190 im Jahr 2022 stabil geblieben ist;	36. stellt fest, dass von den ***3 116*** Bediensteten Ende 2023 79 % ständige Bedienstete, 12,8 % Zeitbedienstete, 7,2 % Vertragsbedienstete und 1 % abgeordnete nationale Sachverständige waren; stellt fest, dass die Aufteilung der ständigen Bediensteten und der Zeitbediensteten auf die einzelnen Laufbahngruppen mit ***1 474,25*** Verwaltungsräten/Verwaltungsrätinnen (AD), ***1 159*** Assistenten/Assistentinnen (AST) und 230 Sekretariatskräften (AST-SC) im Jahr 2023 gegenüber ***1 519, 1 284*** und 190 im Jahr 2022 stabil geblieben ist;

stellt fest, dass die Belegungsrate des Stellenplans Ende 2023 bei 97,4 % lag;	stellt fest, dass die Belegungsrate des Stellenplans Ende 2023 bei 97,4 % lag; ***bedauert jedoch den Mangel an detaillierten nach Geschlecht aufgeschlüsselter Daten, insbesondere zu Führungspositionen; fordert einen Aktionsplan für Gleichstellung, der eine obligatorische jährliche Berichterstattung über die ausgewogene Zusammensetzung des Personal mit Blick auf Frauen und Männern und Maßnahmen zum Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles umfasst;***

Or. en

Änderungsantrag 47
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 36 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	36a. stellt fest, dass sich die Bemerkungen in diesem Abschnitt angesichts der mangelnden Zusammenarbeit des Rates mit dem Parlament in erster Linie auf die auf der Website des Rates veröffentlichten aggregierten Informationen stützen, die nur wenige Einzelheiten bietet;

Or. en

Änderungsantrag 48
Virginie Joron, Tamás Deutsch, Julien Sanchez

Entschließungsantrag
Ziffer 37

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
37. ***nimmt die anderen Initiativen des Sekretariats zur Kenntnis, die darauf abzielen, einen vielfältigeren und***	37. ***beglückwünscht den Rat*** für sein Programm für positive Maßnahmen für Auszubildende mit Behinderungen, das

integrativeren Arbeitsplatz zu schaffen; begrüßt, dass der Rat 2023 den Preis der Bürgerbeauftragten für gute Verwaltungspraxis in der Kategorie „Hervorragende Leistungen in Bezug auf Vielfalt und Integration“ für sein Programm für positive Maßnahmen für Auszubildende mit Behinderungen ***erhalten hat***, das dazu geführt hat, dass im Jahr 2023 sechs Auszubildende mit Behinderungen im Sekretariat aufgenommen wurden;	dazu geführt hat, dass im Jahr 2023 sechs Auszubildende mit Behinderungen im Sekretariat aufgenommen wurden;

Or. fr

Änderungsantrag 49
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***geografische Verteilung*** der Beschäftigten im Sekretariat vorliegen;	38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***Zusammensetzung*** der Beschäftigten im Sekretariat ***bezüglich der geographischen Herkunft*** vorliegen; ***fordert den Rat auf, dem Parlament Informationen zur Zusammensetzung des Personals hinsichtlich der Geschlechter, der geografischen Verteilung und Behinderungen sowie zu den diesbezüglichen internen Maßnahmen bereitzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 50
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***geografische Verteilung*** der Beschäftigten im Sekretariat vorliegen;	38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***Zusammensetzung*** der Beschäftigten im Sekretariat ***bezüglich der geographischen Herkunft*** vorliegen; ***fordert den Rat auf, eine geografische ausgewogene Zusammensetzung seines Personals zu fördern, indem er mehr Kandidaten aus unterrepräsentierten Mitgliedstaaten zur Verfügung stellt;***

Or. en

Änderungsantrag 51
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***geografische Verteilung*** der Beschäftigten im Sekretariat vorliegen;	38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***Zusammensetzung*** der Beschäftigten im Sekretariat ***bezüglich der geographischen Herkunft*** vorliegen; ***fordert den Rat auf, die Informationen zugänglich zu machen;***

Or. en

Änderungsantrag 52
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 38

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***geografische Verteilung*** der Beschäftigten im Sekretariat vorliegen;	38. bedauert, dass keine öffentlich zugänglichen Informationen über die ***Zusammensetzung*** der Beschäftigten im Sekretariat ***bezüglich des Geschlechts und der geographischen Herkunft*** vorliegen;

Or. en

Änderungsantrag 53
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	38a. fordert den Rat auf, jährlich Berichte über die Vielfalt, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Beschäftigungskategorie, zu veröffentlichen, um die Zusammensetzung seines Personals hinsichtlich der Ausgewogenheit zu überwachen und diese zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 54
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 39

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
39. begrüßt die Bemühungen des Sekretariats im Jahr 2023, qualifizierte und jüngere Arbeitskräfte anzuziehen und zu halten, und zwar durch verschiedene Initiativen wie die Einstellung von acht Junior-Verwaltungsbeamten im Rahmen des neuen Junior-Policy-Team-Programms, die Überarbeitung der internen Mobilitätsregeln und die Teilnahme von 41 Beschäftigten des Sekretariats an einem interinstitutionellen Job Shadowing; bedauert das Fehlen von Informationen über die Umsetzung des im Jahr 2023 erstellten Aktionsplans des Rates zur Arbeitgebermarkenbildung;	39. begrüßt die Bemühungen des Sekretariats im Jahr 2023, qualifizierte und jüngere Arbeitskräfte anzuziehen und zu halten, und zwar durch verschiedene Initiativen wie die Einstellung von acht Junior-Verwaltungsbeamten im Rahmen des neuen Junior-Policy-Team-Programms, die Überarbeitung der internen Mobilitätsregeln und die Teilnahme von 41 Beschäftigten des Sekretariats an einem interinstitutionellen Job Shadowing; ***betont, dass Praktika im Einklang mit der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 14. Juni 2023 mit Empfehlungen an die Kommission zu hochwertigen Praktika in der Union (2020/2005(INL)) vergütet werden sollten, in der die Vergütung sämtlicher Praktika***

in Europa gefordert wird; bedauert das Fehlen von Informationen über die Umsetzung des im Jahr 2023 erstellten Aktionsplans des Rates zur Arbeitgebermarkenbildung;

Or. en

Änderungsantrag 55
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 42

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
42. bedauert, dass zwei wichtige Bestandteile des ethischen Rahmens des Rates, der „Leitfaden für Ethik und Verhalten“ für Beschäftigte des Sekretariats und der „Verhaltenskodex für den Präsidenten des Europäischen Rates“, auf der Website des Rates ohne weitere Hinweise oder ein Veröffentlichungsdatum verfügbar sind; kritisiert, dass der Verhaltenskodex für den Präsidenten des Europäischen Rates trotz mehrfacher Aufforderung durch das Parlament nicht mit den Verhaltenskodizes des Parlaments und der Kommission in Einklang gebracht wurde, insbesondere in Bezug auf Tätigkeiten nach Ablauf der Amtszeit;	42. bedauert, dass zwei wichtige Bestandteile des ethischen Rahmens des Rates, der „Leitfaden für Ethik und Verhalten“ für Beschäftigte des Sekretariats und der „Verhaltenskodex für den Präsidenten des Europäischen Rates“, auf der Website des Rates ohne weitere Hinweise oder ein Veröffentlichungsdatum verfügbar sind; kritisiert, dass der Verhaltenskodex für den Präsidenten des Europäischen Rates trotz mehrfacher Aufforderung durch das Parlament nicht mit den Verhaltenskodizes des Parlaments und der Kommission in Einklang gebracht wurde, insbesondere in Bezug auf Tätigkeiten nach Ablauf der Amtszeit; ***fordert, dass die genannten Mängel behoben werden;***

Or. en

Änderungsantrag 56
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 42 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	42a. bekräftigt, dass ethisches

Verhalten zur Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung beiträgt und das Vertrauen der Öffentlichkeit stärkt und dass, wie der Rechnungshof in seinem Sonderbericht 13/2019 betonte, die Ethikrahmen der Organe der Union noch verbessert werden können; verweist insbesondere auf die Empfehlung des Rechnungshofs zur Verbesserung des Ethikrahmens des Rates; bringt seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass es keinen gemeinsamen Ethikrahmen der Union für die Tätigkeit der Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat gibt, wie vom Rechnungshof festgestellt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 57
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 44 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44a. fordert den Rat nachdrücklich auf, strengere Vorschriften für die Zeit nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses für höhere Beamte festzulegen, einschließlich einer längeren Karenzzeit und der obligatorischen Offenlegung von Verbindungen mit dem Privatsektor; fordert den Rat auf, die Teilnahme der Ständigen Vertretungen der Mitgliedstaaten am EU-Transparenzregister verbindlich vorzuschreiben;

Or. en

Änderungsantrag 58
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 44 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	44b. fordert den Rat auf, eine unabhängige Ethik-Kommission einzurichten, die die Einhaltung ethischer Standards sowie Interessenkonflikte, Drehtüreffekte und die Transparenz in der Entscheidungsfindung beobachtet und öffentlich Bericht erstattet;

Or. en

Änderungsantrag 59
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. bedauert, dass die Teilnahme der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten an dem obligatorischen Transparenzregister, das durch die interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission eingerichtet wurde, völlig freiwillig ist, da die Anwendung des Grundsatzes der Konditionalität im Ermessen der Ständigen Vertretung jedes Mitgliedstaats liegt; stellt fest, dass nur acht Mitgliedstaaten und die Organe der Union sich an die bewährte Praxis halten, in ihrem Rechtsrahmen eine verbindliche, weit gefasste Definition des Begriffs „Lobbyist“ anzuwenden, und fordert nachdrücklich, dass sich alle Ständigen Vertretungen vor, während und nach dem Ratsvorsitz ihres Mitgliedstaats aktiv an dem obligatorischen Transparenzregister beteiligen;	45. bedauert, dass die Teilnahme der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten an dem obligatorischen Transparenzregister, das durch die interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission eingerichtet wurde, völlig freiwillig ist, da die Anwendung des Grundsatzes der Konditionalität im Ermessen der Ständigen Vertretung jedes Mitgliedstaats liegt; stellt fest, dass nur acht Mitgliedstaaten und die Organe der Union sich an die bewährte Praxis halten, in ihrem Rechtsrahmen eine verbindliche, weit gefasste Definition des Begriffs „Lobbyist“ anzuwenden, und fordert nachdrücklich, dass sich alle Ständigen Vertretungen vor, während und nach dem Ratsvorsitz ihres Mitgliedstaats aktiv an dem obligatorischen Transparenzregister beteiligen; ***ist der Ansicht, dass die bestehenden Ethikregeln zu Interessenkonflikten, Drehtüreffekten und Transparenz bei der Lobbyarbeit***

gestärkt und harmonisiert werden sollten und dass die Vertreter der Mitgliedstaaten, die durch die Unternehmen in ihrem Besitz direkt von Subventionen der EU profitieren, nicht an politischen oder haushaltspolitischen Diskussionen und Abstimmungen im Zusammenhang mit diesen Subventionen teilnehmen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 60
Csaba Molnár, Eero Heinäluoma, Marit Maij

Entschließungsantrag
Ziffer 45

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
45. bedauert, dass die Teilnahme der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten an dem obligatorischen Transparenzregister, das durch die interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission eingerichtet wurde, völlig freiwillig ist, da die Anwendung des Grundsatzes der Konditionalität im Ermessen der Ständigen Vertretung jedes Mitgliedstaats liegt; stellt fest, dass nur acht Mitgliedstaaten und die Organe der Union sich an die bewährte Praxis halten, in ihrem Rechtsrahmen eine verbindliche, weit gefasste Definition des Begriffs „Lobbyist“ anzuwenden, und fordert nachdrücklich, dass sich alle Ständigen Vertretungen vor, während und nach dem Ratsvorsitz ihres Mitgliedstaats aktiv an dem obligatorischen Transparenzregister beteiligen;	45. bedauert, dass die Teilnahme der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten an dem obligatorischen Transparenzregister, das durch die interinstitutionelle Vereinbarung vom 20. Mai 2021 zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission eingerichtet wurde, völlig freiwillig ist, da die Anwendung des Grundsatzes der Konditionalität im Ermessen der Ständigen Vertretung jedes Mitgliedstaats liegt; stellt fest, dass nur acht Mitgliedstaaten und die Organe der Union sich an die bewährte Praxis halten, in ihrem Rechtsrahmen eine verbindliche, weit gefasste Definition des Begriffs „Lobbyist“ anzuwenden, und fordert nachdrücklich, dass sich alle Ständigen Vertretungen vor, während und nach dem Ratsvorsitz ihres Mitgliedstaats aktiv an dem obligatorischen Transparenzregister beteiligen; ***fordert strengere und harmonisierte Ethikvorschriften in Bezug auf Interessenkonflikte, Drehtüreffekte und Transparenz bei Lobbyarbeit; bedauert, dass der Rat das verbindliche Transparenzregister nicht in vollem Umfang nutzt oder Vorschläge zu dessen Verbesserung annimmt; bekräftigt seine***

Forderung an den Rat, auf Treffen mit nicht registrierten Lobbyisten zu verzichten;

Or. en

Änderungsantrag 61
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45a. fordert den Rat nachdrücklich auf, zu verlangen, dass alle hochrangigen Beamten, einschließlich der Ständigen Vertreter und Delegationsleiter, ihre Treffen mit Interessengruppen und Lobbyisten in einem standardisierten Transparenzregister öffentlich bekannt geben, ähnlich den Verpflichtungen, die für die Mitglieder des Europäischen Parlaments und der Kommission gelten;

Or. en

Änderungsantrag 62
Pasquale Tridico

Entschließungsantrag
Ziffer 45 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	45a. bedauert, dass der Rat das obligatorische Transparenzregister über seine derzeitigen Grenzen hinaus nicht umfassend nutzt und jede Empfehlung für Verbesserungen ablehnt; bekräftigt seine Forderung an den Rat, Treffen mit nicht registrierten Lobbyisten abzulehnen;

Or. en

Änderungsantrag 63
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 46

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
46. ***bedauert***, dass der ***Beschlussfassungsprozess*** im Rat ***immer noch alles andere als uneingeschränkt*** transparent ist, was das Vertrauen der Bürger in die EU als ***transparente Einrichtung untergräbt und dadurch*** den Ruf der EU insgesamt gefährdet; weist auf die Empfehlungen der Europäischen Bürgerbeauftragten zur Transparenz der legislativen Tätigkeit des Rates im Rahmen der strategischen Untersuchung OI/2/2017/TE hin und unterstützt diese Empfehlungen; fordert den Rat nachdrücklich auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten und den einschlägigen Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union umgehend nachzukommen; weist darauf hin, dass der Gerichtshof der Europäischen Union in seinem Urteil in der Rechtssache T-163/21, De Capitani/Rat der Europäischen Union, betont hat, dass der Rat eine klarere Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens benötigt, um den Zugang zu legislativen Dokumenten sicherzustellen, wobei dies lediglich der Verpflichtung des Rates zur öffentlichen Kontrolle und Rechenschaftspflicht der Mitgesetzgeber als Grundlage jedweder demokratischen Legitimität Rechnung trägt;	46. ***stellt mit Bedauern fest***, dass der ***Entscheidungsfindungsprozess*** im Rat ***noch immer nicht voll und ganz*** transparent ist, was das Vertrauen der Bürger in die EU als ***transparentes Gebilde beeinträchtigt und damit*** den Ruf der EU insgesamt gefährdet; weist auf die Empfehlungen der Europäischen Bürgerbeauftragten zur Transparenz der legislativen Tätigkeit des Rates im Rahmen der strategischen Untersuchung OI/2/2017/TE hin und unterstützt diese Empfehlungen; fordert den Rat nachdrücklich auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Empfehlungen der Bürgerbeauftragten und den einschlägigen Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union umgehend nachzukommen; weist darauf hin, dass der Gerichtshof der Europäischen Union in seinem Urteil in der Rechtssache T-163/21, De Capitani/Rat der Europäischen Union, betont hat, dass der Rat eine klarere Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens benötigt, um den Zugang zu legislativen Dokumenten sicherzustellen, wobei dies lediglich der Verpflichtung des Rates zur öffentlichen Kontrolle und Rechenschaftspflicht der Mitgesetzgeber als Grundlage jedweder demokratischen Legitimität Rechnung trägt;

Or. en

Änderungsantrag 64
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 47 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	47a. bedauert zutiefst, dass der Rat legislative Dokumenten nach wie vor systematisch zurückhält oder den Zugang dazu verzögert, wodurch die öffentliche Kontrolle seiner Beschlussfassung behindert wird; fordert den Rat auf, eine standardmäßige Freigabepolitik einzuführen, die die Veröffentlichung aller legislativen Dossiers, Arbeitsdokumente und Rechtsgutachten vorschreibt, sofern keine spezifischen und begründeten Ausnahmen Anwendung finden;

Or. en

Änderungsantrag 65
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 50 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	50a. fordert den Rat nachdrücklich auf, die Einführung sicherer digitaler Systeme für die Abstimmung und die Dokumentenweitergabe zu beschleunigen, um die Effizienz und Rechenschaftspflicht zu verbessern und unnötige papiergestützte Verfahren zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 66
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 53 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	53a. äußert sich besorgt darüber, dass es an soliden Schutzvorkehrungen gegen Überwachung und Datenerfassung durch Dritte mangelt; fordert verstärkte Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich einer obligatorischen Datenverschlüsselung und regelmäßiger Sicherheitsprüfungen aller vom Rat verwendeten digitalen Kommunikationssysteme;

Or. en

Änderungsantrag 67
Tomáš Zdechovský

Entschließungsantrag
Ziffer 57

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
57. bedauert, dass der Rat noch immer kein vereinfachtes Akkreditierungsverfahren eingeführt hat, um den Zugang der Bediensteten der anderen Organe der Union zu den Räumlichkeiten des Rates zu erleichtern;	57. bedauert, dass der Rat noch immer kein vereinfachtes Akkreditierungsverfahren eingeführt hat, um den Zugang der Bediensteten der anderen Organe der Union zu den Räumlichkeiten des Rates zu erleichtern; ***fordert den Rat auf, diese Maßnahme umzusetzen;***

Or. en

Änderungsantrag 68
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 59 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

59a. fordert den Rat auf, messbare Nachhaltigkeitsziele festzulegen, einschließlich spezifischer CO_2-Reduktionsziele und einer Strategie zur Verringerung dienstreisebedingter Emissionen; fordert, dass jährlich ein Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt wird, in dem die umgesetzten Energieeffizienzmaßnahmen und ihre quantifizierten Auswirkungen im Einzelnen dargelegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 69
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 59 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59b. fordert, dass der Rat verbindliche Nachhaltigkeitsziele einführt, die mit dem europäischen Grünen Deal im Einklang stehen, einschließlich einer obligatorischen CO_2-Bilanz für sämtliche Dienstreisen mit Bezug zum Rat und Ausgleichsmaßnahmen, wenn eine Verringerung nicht möglich ist;

Or. en

Änderungsantrag 70
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 59 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	59c. fordert den Rat auf, die Nutzung von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Fahrzeugen in seinem Fuhrpark bis 2030

komplett einzustellen und sich dazu zu verpflichten, bis 2027 die Energie für seine Gebäude zu 100 % aus erneuerbaren Quellen zu beziehen;

Or. en

Änderungsantrag 71
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 60

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
60. betont, dass Artikel 319 AEUV überarbeitet werden muss, um ausdrücklich festzulegen, dass das Parlament nicht nur der Kommission, sondern auch den anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union Entlastung für die Ausführung ihrer Einzelpläne oder ihrer Haushaltspläne erteilt;	60. betont, dass Artikel 319 AEUV überarbeitet werden muss, um ausdrücklich festzulegen, dass das Parlament nicht nur der Kommission, sondern auch den anderen Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union Entlastung für die Ausführung ihrer Einzelpläne oder ihrer Haushaltspläne erteilt; ***fordert den Rat auf, den interinstitutionellen Konflikt zu überwinden und die Gespräche mit dem Europäischen Parlament wieder aufzunehmen, um zu einer Einigung über eine reibungslose Wiederaufnahme des Entlastungsverfahrens zu gelangen;***

Or. en

Änderungsantrag 72
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. fordert das Organ auf, auf der Grundlage seiner eigenen institutionellen Erfahrungen und Erkenntnisse aus Fällen in der Vergangenheit dem Europäischen Parlament und seinem Haushaltskontrollausschuss

Empfehlungen für neue Möglichkeiten zur Bekämpfung von Fehlverhalten und missbräuchlicher Verwendung von EU-Mitteln zu übermitteln und über bewährte Verfahren zu informieren, da die finanziellen Interessen der Europäischen Union im Parlament nachweislich nicht hinreichend geschützt wurden; ist der Ansicht, dass dies an dem Strafverfahren und den Ermittlungen deutlich geworden ist; vertritt die Auffassung, dass das Parlament diesbezüglich durchaus von einer neuen Perspektive und einem Beitrag des Organs profitieren könnte;

Or. en

Änderungsantrag 73
Damian Boeselager
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 60 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	60a. fordert die Kommission auf, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen den Rat wegen anhaltender Missachtung der demokratischen Kontrolle in Haushaltsangelegenheiten einzuleiten, was einen Verstoß gegen die in den Verträgen verankerten Grundsätze der Transparenz und der verantwortungsvollen Führung darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 74
Tamás Deutsch

Entschließungsantrag
Ziffer 60 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

60b. fordert den Ausschuss auf, davon abzusehen, die Geschlechter- und Wokenessideologie zu fördern, zu verbreiten und zu unterstützen, und stattdessen den Vertrag und seine Bestimmungen sowie die jeweilige nationale Identität der Mitgliedstaaten zu achten, die in ihren grundlegenden Strukturen, ihrer Geschichte, ihrer Religion und ihren Traditionen zum Ausdruck kommt;

Or. en